

FAZ

22.03.2010

Europlatz Frankfurt

Die EU braucht einen Finanzkommissar

von Michael Heise

Es ist gut, dass das Pro und Contra für einen Europäischen Währungsfonds diskutiert wird. Problematisch ist der Fonds selbst. Er soll mit Steuergeldern der Euromitglieder gefüllt werden und Staaten zur Verfügung stehen, die durch hohe Staatsverschuldung in Not geraten sind. Eine solche Haftungsübernahme setzt die falschen Anreize und ist mit dem Geist der europäischen Verträge nicht vereinbar. Fehlverhalten der Finanzpolitik wird nachträglich sanktioniert. Europa fehlt es nicht an Institutionen für das Krisenmanagement – das funktioniert auch so. Europa muss mehr für Krisenprävention und vorbeugende finanzpolitische Disziplin tun. Wir brauchen eine wirksamere Überwachung der Länder, die die finanzpolitischen Regeln der Gemeinschaft missachten. Dies soll der Fonds leisten. Aber man braucht ihn dafür nicht unbedingt.

Es genügte schon die Institution eines „Finanzkommissars“ auf höchster EU-Ebene, der mit den notwendigen Informations- und Überwachungsrechten ausgestattet ist und im Falle des Falles Sanktionen verhängen kann – ohne ein jahrelanges politisches Verfahren. Der Finanzkommissar müsste sich auf einen besseren Stabilitätspakt berufen können. Anstelle der Drei-Prozent-Defizitgrenze, die obsolet geworden ist, müsste das Augenmerk auf einer Reduzierung des Schuldenstandes liegen. Vorstellbar wäre eine Schuldenbremse nach deutschem Vorbild. Jedes Land sollte sein Defizit mit klaren Ausgaberegeln langfristig auf Null reduzieren, im eigenen Tempo und nach eigenen Möglichkeiten. Bei Rückständen müssten Sanktionen früher einsetzen als heute. Sanktionen sind unnütz, wenn das Kind im bildlichen Sinne in den Brunnen gefallen ist.

Dieses Modell geht nicht so weit, wie es Vertreter einer Wirtschaftsregierung gerne sähen. Sie verlangen mehr Eingriffsrechte der EU in nationale Angelegenheiten. Die Debatte um höhere Löhne in Deutschland zeigt die Gefahren einer

Wirtschaftsregierung. Sollen Länder, deren Lohnpolitik sich korrekterweise an der Produktivität und der Inflation orientiert hat, ihren Verteilungsspielraum überziehen, um andere, die lohnpolitisch über ihre Verhältnisse gelebt haben, zu entlasten? Die Euro-Zone kann froh sein, dass es eine solche Wirtschaftsregierung mit eingebauter Wettbewerbsbremse nicht gibt.

Ähnlich irreführend ist es auch, die Wettbewerbsfähigkeit einer Volkswirtschaft allein am Außenhandelsüberschuss zu messen. Das mag uns Deutschen schmeicheln, aber es ist nicht richtig, denn unser Exportüberschuss ist ein Zeichen der ausgeprägten Nachfrageschwäche im Inland. Einfacher formuliert: In Deutschland wird viel gespart, aber wenig investiert. Dagegen kann die Politik einiges tun. Zum einen hat Deutschland expansive Fiskalprogramme aufgesetzt. Darüber könnte eine Steuerentlastung unterer Einkommen 2011 den stagnierenden Konsum stimulieren. Hier hat die französische Ministerin Lagarde einen Punkt, eine solche Reform würde Deutschland und Europa zugleich nützen. Und schließlich müssen wir es schaffen, die geringe Investitionsneigung der Unternehmen zu erhöhen.

Der Autor ist Chefvolkswirt der Allianz